

blick nach

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 15. Jahrgang, Nr. 22, 4. November 1998

rechts

Einblicke

Ein Schwerpunkt

Von Helmut Lölhöfel

„Die neue Regierung wird die politische Auseinandersetzung mit und die Bekämpfung von Rechtsextremismus zu einem Schwerpunkt machen. Dabei werden wir ein Bündnis für Demokratie und Toleranz - gegen Extremismus und Gewalt, für die Umsetzung der Werte und Garantien unseres sozialen und demokratischen Rechtsstaates schaffen.“

Dies ist ein Zitat aus der Koalitionsvereinbarung von Sozialdemokraten und Grünen. Wer jetzt argwöhnt, der „blick nach rechts“ wandle sich zum Bulletin der neuen Bundesregierung oder würde ein rot-grünes Jubelblättchen, irrt sich. Diese Passage ist an sichtbarer Stelle dokumentiert, weil es einerseits erfreulich ist, daß erstmals in einem Koalitionsabkommen eine solche Selbstverpflichtung steht. Andererseits muß der Abschnitt im Wortlaut festgehalten sein, damit kontrolliert werden kann, ob die darin enthaltene Absichtserklärung eingehalten und umgesetzt wird.

Bundestagspräsident Wolfgang Thierse warnte in seiner Antrittsrede: „Gegenwärtig entfaltet linker Extremismus in Deutschland kaum gewalttätige Wirksamkeit, wohingegen ein nennenswerter Teil vorwiegend der männlichen Jugend in rechtsextremistisches Fahrwasser gerät“. Ex-Bundesinnenminister Manfred Kanther dagegen sagte in seiner Abschiedsbilanz, gegen den Rechtsextremismus habe die Politik ihr Soll erfüllt: „Eine herbere Niederlage als bei der Bundestagswahl“ wäre „kaum denkbar“; dagegen sei das Soll gegen den Linksextremismus „leider noch nicht erfüllt“.

Die Gegensätze sind unüberhörbar. Der Politikwechsel wird sichtbar. Als Maßstab gilt, was im „Lübecker Manifest“ des Vereins „Gegen Vergessen - Für Demokratie“ steht: Die Auseinandersetzung mit der jüngeren Geschichte muß Bestandteil der Erziehungs- und Bildungsarbeit sein. Auch der Bund hat dabei seine Zuständigkeiten wahrzunehmen. Aber der Auftrag der Koalitionsvereinbarung geht nicht an die Regierung, sondern an alle.

Der Strippenzieher

In der rechtsextremen Szene in und außerhalb Berlins gilt der wegen Gewaltverherrlichung verurteilte Frank Schwerdt als maßgebliche Schlüsselfigur. **Seite 2 ■**

Hahnenkämpfe

Bei den „Republikanern“ macht der Vize Käs dem Parteivorsitzenden Rolf Schlierer sein Amt streitig. **Seite 3 ■**

Kriminalität im 3. Reich

Entgegen weit verbreiteter Ansicht ist die Kriminalitätsrate der Bevölkerung im NS-Staat sogar angestiegen. **Seite 6 ■**

Geschäfte mit UFOs

Eine Mixtur von rechtsextremer Ideologie und esoterischen Themen entwickelt sich zu einem verkaufsträchtigen Schlager. **Seite 7 ■**

Gewendete „68er“

Die „Neue“ Rechte will den Rechts-Links-Gegensatz aufheben. **Seite 10 ■**

Meldungen

Seite 15 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Aktivitäten

Szene-Schlüsselfigur

Der wegen Gewaltverherrlichung verurteilte Frank Schwerdt gilt als maßgeblicher Strippenzieher des rechtsextremen Spektrums in und um Berlin.

Auch wenn der 54jährige in den Reimen beim besten Willen keine Gewaltverherrlichung erkennen mochte, bleibt er vorerst hinter Gitter: Wegen der Verbreitung rechtsextremer Musik verurteilte das Berliner Landgericht das NPD-Vorstandsmitglied Frank Schwerdt am 29. Oktober zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten ohne Bewährung. Mit dem Urteil bleibt Schwerdt, wo er ohnehin schon sitzt: seit März verbüßt er eine neunmonatige Freiheitsstrafe wegen Volksverhetzung und Verbreitung von Propaganda verfassungswidriger Organisationen. In den sogenannten „Schulungsbriefen“ des „Völkischen Freundeskreises“ hatte Schwerdt in positiver Weise auf das „politische Testament des Führers“ Bezug genommen. In dem aktuellen Fall hatte das Berliner Landgericht über die Produktion der CD „Unsere Einheit macht uns zur Macht“ der Thüringer Band „Volksverhetzer“ sowie deren 2.500fache Verbreitung zu entscheiden. In dem Stück „Bluttausch“, das den Prozeßbeteiligten zwecks Beweisführung vor Gericht vorgespielt wurde, heißt es unter anderem: „Ja, ja, ja, Bluttausch, deine Bestie kommt jetzt raus“ und: „Du gehst jeden Freitag in eine Kneipe rein, und schon steht er da, so ein buntes Schwein. Mitten im Gefecht hörst du auf zu denken, du willst ihn nur noch töten, keiner kann dich lenken. Du bist im Bluttausch.“ In ihrer Urteilsbegründung sah die Kammer in dem Stück die Verherrlichung eines „blindwütigen Zwanges zum Töten“.

Schwerdt, der vor Gericht gar nicht abstritt, als Geschäftsführer des Verlages „Vortrag-Buch-Reise“ für den Vertrieb der CD zuständig zu sein, mochte darin keine Aufforderung zur Gewalt erkennen: „Für mich ist das ein Text, der zum Nachdenken anregen will“ - in Form einer Zustandsbeschreibung perspektivloser, junger Leute, die viel Alkohol trinken“. Außerdem bezog sich Schwerdt auf die gedruckten Texte auf der Innenseite des CD-Covers - in denen die entscheidenden, nun vom Gericht inkriminierten Phrasen schlicht gefälscht wurden. Statt „töten“ heißt es dort „hassen“. Schwerdts Anwalt Hans-Günther Eisenecker, stellvertretender

NPD-Bundesvorsitzender und Landeschef in Mecklenburg-Vorpommern, hatte auch in seinem Plädoyer für Freispruch auf die Differenz zwischen dem geschriebenen und gesungenen Wort aufgebaut. Mit seinen „emotionalen Liedern“ gebe Schwerdt der Gesellschaft eine Möglichkeit, sich abzureagieren. Der Staatsanwalt wiederum, der auf acht Monate plädierte, konnte in den Songs eher „Demagogie und Propaganda in Reinkultur“ erkennen.

Frank Schwerdt gilt als Schlüsselfigur rechtsextremer Bildungsarbeit. Als Schatzmeister der Sammlungsbewegung „Die Nationalen e.V.“, die sich im vergangenen Jahr selbst auflöste, zeichnete er verantwortlich für die „Berlin-Brandenburger Nachrichten“, als Vorsitzender des Berlin-Brandenburger Landesverbandes der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ war er maßgeblich engagiert beim Aufbau des „Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerkes“.

Mit Unterbrechungen ist Schwerdt bereits seit den 60er Jahren in der rechtsextremen Szene aktiv: zunächst bei der Berliner NPD. In den 70er Jahren trat der vermögende Diplomingenieur der CDU bei und leitete elf Jahre lang den CDU-Ortsverband Heiligensee in Berlin. Von dort wechselte er zu den „Republikanern“, für die er im Landesvorstand saß. Als die REP dazu ansetzten, sich von ihrer rechtsextremen Konkurrenz abzusetzen, indem sie auf Verfassungstreue setzten, wechselte Schwerdt zur „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ und unterhielt von dort rege Kontakte zur Neonazi-Szene. Die Strategie führte der immer gutgekleidete Akademiker fort, als er 1993 den Vorsitz der „Nationalen“ übernahm. Als der Verein sich vor einem Jahr auflöste, mutmaßten viele, die Klientel, unter ihnen viele gewaltbereite Neonazis, sollten in die NPD überwechseln. Tatsächlich landete auch Schwerdt prompt im Bundesvorstand der NPD. Von dort bemüht er sich vor allem um gute Kontakte zu den nach wie vor existierenden rechtsextremen Kameradschaften in und um Berlin. Er taucht auf Gründungsversammlungen auf, und steht den kleinen Gruppen mit Kontakten und organisatorischer Unterstützung zur Seite. In den neuen Bundesländern steht Frank Schwerdt als einer der ersten für die Strategie der NPD, unter ihrem Dach verschiedene rechtsextreme Strömungen und Strukturen zu vereinen - von rechtsnationalen Altvordeuten bis zu jugendlichen Schlägertrupps. Für letztere hat er wohl auch die CD produziert, deretwegen er jetzt bis weit in das kommende Jahr in der Haftanstalt verweilen wird. Jeanette Goddar

Aktivitäten**Rechter Spaltpilz**

Beim REP-Bundesparteitag tritt Christian Käs gegen Rolf Schlierer an. Eine weitere Zersplitterung der Partei scheint vorprogrammiert

Nach den für die „Republikaner“ durchweg enttäuschenden Landtagswahlergebnissen dieses Jahres – mit Sachsen-Anhalt als negativer Höhepunkt – war allen Beobachtenden klar, daß Parteivorsitzender Schlierer nur noch eine Schonfrist bis nach der Bundestagswahl haben würde. Bereits im Vorfeld brodelte es allenthalben in der Partei. Und es handelte sich nicht um produktive Unruhe. Der für Berlin geplante Wahlparteitag wurde gar ganz abgesagt, um die Richtungs- und Personalauseinandersetzungen nicht in der Öffentlichkeit zum Ausbruchkommen zu lassen.

Bekanntlich nützten diese durchsichtigen Manöver nichts. Der Mißerfolg auf der ganzen Linie setzte sich nahtlos fort. Ehemalige führende, prominente Funktionäre setzten sich in Richtung DUV ab, die Landesverbände im Osten und Norden des Landes führen ein Sektendasein und - besonders bitter - bei den Landtagswahlen in Bayern wurde mit 3,6 Prozent ein Ergebnis erzielt, das nur unwesentlich über dem bei erstmaligen Wahlantritt 1986 (3 %) lag. Wo, wenn nicht im Stammland Bayern, sollen überhaupt noch bei wachsender Konkurrenz im politischen Lager rechtsaußen Erfolge zu erzielen sein? Trotz relativ großer Personaldecke und einer noch immer vorhandenen stabilen Organisationsstruktur war das bayerische Resultat mehr als ernüchternd und entsprach in keiner Weise den eigenen Voraussagen, man liege in den Umfragen stabil bei fünf Prozent.

Das offensichtliche Scheitern des politischen Projekts „Republikaner“ wird innerparteilich zunehmend dem Vorsitzenden Rolf Schlierer angelastet. Zu moderates Auftreten, falsche Zielgruppenorientierung, falsche Personalpolitik, falsche Bündnisoptionen - so lauten die Vorwürfe. Jeder in der Partei weiß natürlich auch, daß die angestrebte Zusammenarbeit mit dem „Bund Freier Bürger“ bei den Landtagswahlen in Hessen im Februar nächsten Jahres das Sinken des Schiffes nicht aufhalten kann. Die Fünf-Prozent-Marke dürfte trotzdem in weiter Ferne liegen.

So war es nur logisch, daß wenige Wochen vor dem für Witzenhausen (Nordhessen) geplanten Bundesparteitag der baden-württembergischen Landesvorsitzende und stellvertretende Parteivorsitzende Christian Käs eine Gegenkandidatur angekündigt hat. Ein Hahnenkampf steht ins Haus. Und wie zwei ordentliche Kampfhähne plustern sich die Kontrahenten bereits im Vorfeld der Auseinandersetzung am 21. November kräftig auf. Demonstrativ hatte Käs bei der letzten Parteivorstandstagung seinem Vorsitzenden das Vertrauensvotum verweigert - und war allein damit geblieben. Schlierer gibt sich gelassen angesichts seines Gegners, dessen An treten sei „wenig überraschend“. Zugleich warnte er davor, den Eindruck entstehen zu lassen, die Partei „wolle sich für Extremisten öffnen“. Dies beschwöre die Gefahr einer Spaltung herauf. Allerdings dürfte auch seine eigene Politik des „Augen zu und durch“ seine Partei an den Rand des Bruchs führen.

■ Keine Änderung von inhaltlichen Positionen ■

Der 38jährige Rechtsanwalt Christian Käs ist wie Schlierer Mitglied des Stuttgarter Landtages. In den Richtungsauseinandersetzungen des Jahres 1994 hatte er noch Rolf Schlierer gegen Franz Schönhuber unterstützt. Dieser versuchte umgehend, Käs durch einen Brief an die Mitglieder des Bundesvorstands zu diskreditieren. Darin beschuldigte er Käs der Selbstbedienungsmentalität, da der als Landesvorsitzender angeblich 9 500 Mark erhalte.

Bereits unmittelbar nach der Entmachtung Schönhubers, begann Käs mit seinen Profilierungsversuchen als „konsequenter“, radikalerer Widerpart des farblosen Rolf Schlierer, dem das Charisma eines Finanzbuchhalters nachgesagt wird. Käs dagegen erprobte sich als Mann großer Worte. „Wir stehen nicht mehr zur Verfügung als Tummelplatz aller Rassen und Völker dieser Welt. Deshalb wiederholen die Republikaner den alten Ruf nach dem Ende der Massenzuwanderung so laut, daß es auch im letzten Negerdorf in Afrika klar sein muß: Deutschland will sie nicht, Deutschland will sie nicht, Deutschland will sie nicht!“ Ende 1996 plädierte er für die Wiedereinführung der Todesstrafe. Da dies in der Partei umstritten sei und man eine „emotionale Debatte“ fürchte, so erläuterte er, spreche man von „finalen Bestrafungsmethoden“. Damit sei auch die Kastration von „Sittlichkeitsverbrechern“ gemeint. Für Ballungsgebiete forder-

te er Schnellgerichte, die Straftäter innerhalb von 24 Stunden aburteilen sollen. Leistungsbeziehende von Sozialhilfe sollten seiner Meinung nach per Fingerabdruck gespeichert werden, um mögliche Mißbräuche zu verhindern. Zwar müht sich Käs eindeutig weniger um ein gemäßigtes Image als sein Vorsitzender Schlierer, der sein höchstes Ziel darin sieht, Juniorpartner der Unionsparteien zu werden, doch wäre es verfehlt anzunehmen, bei dem anstehenden Führungskampf handele es sich um eine Auseinandersetzung zweier inhaltlicher Linien. Wer den angeblich seriösen Schlierer bei einem seiner wenigen Wahlkampfauftritte in den neuen Bundesländern erlebt hat, der weiß, daß dieser sich bezüglich rassistischer Parolen nicht von seinem Stellvertreter übertreffen läßt. Bei Schlierers Rede auf dem Marktplatz von Jena begrüßten seine spärlichen Anhänger mit Beifall die unter schwarz-weiß-roten Fahnen anrückende Delegation des neonazistischen „Thüringer Heimat-schutzes“.

Die eigentliche Ursache des Führungskampfes zwischen Schlierer und Käs dürfte vielmehr in strategischen Differenzen und unterschiedlichen Bündnisoptionen liegen. Käs spricht heute für eine Vorgehensweise, die er noch 1994 bei Schönhuber bekämpft hatte. Ende 1995 wies der damalige baden-württembergische Innenminister Birzele darauf hin, daß Käs nach den Erkenntnissen des Verfassungsschutzes enge Beziehungen zur Neonazi- und Skinheadszone unterhalte, und forderte von Schlierer ein Ausschlußverfahren gegen Käs. Tatsächlich mochte der Chef des Landesverbandes Baden-Württemberg immer weniger den Abgrenzungskurs des Chefs der Bundespartei mittragen. Zwar zielt seine Linie auf Integration aller Kräfte der extremen Rechten in die REP, doch ist er zugleich zur Kooperation bereit. So redete er am 13. Dezember 1997 auf einer gemeinsamen Weihnachtsfeier von „Deutscher Liga“, DVU und REP in Villingen-Schwenningen.

Es ist daher müßig, darüber zu spekulieren, ob es einen eindeutigen Sieger beim bevorstehenden Hahnenkampf am 21. November geben wird. An den inhaltlichen Positionen der Partei wird es höchstens graduell etwas ändern, indem der Tonfall modifiziert wird. Wer auch immer aber das Rennen machen wird, er wird auf weniger Mitsstreiter zurückgreifen können, denn zumindest ein relevanter Teil der Unzufriedenen wird sich wohl endgültig von der bisherigen Partei hin zu Projekten abwenden, die sie für erfolgversprechender halten.

Völkmar Wölk

Aktivitäten

Rastloser Kämpfer

Die revanchistische Wochenzeitung „Das Ostpreußenblatt“ lamentiert lauthals darüber, daß der Ingolstädter Historiker Alfred Schickel in den aktuellen Verfassungsschutzberichten von Bayern und Baden-Württemberg in der Rubrik Rechtsextremismus unter „Revisionismus“ namentlich aufgeführt wird. „Diese Einordnung“, so der Autor Heinz Nawratil, „mußte den Humanisten Schickel wie ein Blitz aus heiterem Himmel treffen“.

Schickel (geb.1933) - nach Angaben des „Ostpreußenblattes“ einst bayerischer RCDS-Landesvorsitzender sowie vielfach Referent der Hanns-Seidel-Stiftung der CSU, der er 40 Jahre lang angehörte -, ist Leiter der 1991 als Konkurrenz zum seriösen Münchner Institut für Zeitgeschichte ins Leben gerufenen „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt“ (ZFI), dem auch Nawratil in führender Position angehört. Im Mittelpunkt der Bemühungen des ZFI steht der Versuch, das nationalsozialistische Terrorregime und dessen Verbrechen zu verharmlosen. Heute zählt der geschichtsrevisionistische Verein, der sich neben Halbjahrestagungen auch als Mitveranstalter an Vortragsabenden befreundeter Vereine betätigt, rund 750 Mitglieder.

Das rechtsextreme Strategieblatt „Nation+Europa“ bescheinigt Schickel, daß er mit „unermüdlichem Fleiß und akribischer Quellenbehandlung stets gesamtdeutsche und zeitgeschichtliche Belange vertreten hat“. Publizistisch war und ist Schickel in diversen rechten und rechtsextremen Zeitschriften vertreten, u.a.: „Junge Freiheit“, „Der Schlesier“, „Europa Vorn“, Deutschland in Geschichte und Gegenwart“, „Ostpreußenblatt“, „Deutsche Geschichte“ und „Criticon“.

A.M.

In eigener Sache

Betr.: „Neuer Schulteranschluß“ im „blick nach rechts“ vom 26.08.1998

In dem Artikel hatten wir berichtet, daß Roland Wehl Ende der 70er Jahre an Wehrsportübungen im Umfeld der NSDAP/AO teilgenommen haben und auch bei entsprechenden „Führertagungen“ anwesend gewesen sein soll.

Diese Behauptung erhalten wir nicht aufrecht.

Red. „blick nach rechts“

Aus der Szene

Tarnorganisation

Ein in Thüringen agierender locker strukturierter neonazistischer Personenzusammenschluß stellt gerngesehenes Unterstützerpotential für Veranstaltungen der Szene.

Im Bundesland Thüringen ist seit mehreren Jahren der neonazistische „Thüringer Heimatschutz“ (THS) aktiv, der in den vergangenen Monaten mit zahlreichen öffentlichen Auftritten auf sich aufmerksam machte. Weitgehend identisch ist die militante Organisation, die sich selbst als „Bündnis Freier Nationalisten in Thüringen“ begreift, mit der 1994 erstmals an die Öffentlichkeit getretenen „Anti-Antifa-Ostthüringen“, deren Stärke der aktuelle Landesverfassungsschutzbericht mit rund 120 Personen beziffert. Kopf der Thüringer Neonazi-Strukturen und Sprecher des THS ist Tino Brandt aus Rudolstadt, der auch den Aufruf der rechtsextremen Szene zur Demonstration in München „Unsere Großväter waren keine Verbrecher!“ am 1. März 1997 unterzeichnete.

Enge Kontakte gab es von Beginn an zu anderen rechtsextremen Organisationen. In enger Kooperation mit Frank Schwerdt, dem langjährigen Vorsitzenden der vor einem Jahr aufgelösten Gruppierung „Die Nationalen“ und jetzigem NPD-Bundesvorstandsmitglied, entstand die „Neue Thüringer Zeitung - Stimme der Nationalen Erneuerung“ als Ableger des neonazistischen Medienprojekts „Berlin-Brandenburger Zeitung“ (BBZ), als deren Thüringer Korrespondent Tino Brandt fungierte. Ende 1995 erschienen dann die ersten zwei Ausgaben der „Neuen Thüringer Zeitung“. Die Zusammenarbeit des THS mit den „Nationalen“ ging allerdings über das Zeitungsprojekt hinaus. So richtete Tino Brandt auch das Postfach der „Nationalen“ in Rudolstadt ein. Laut Verfassungsschutzbericht von Thüringen für 1995 „wurde in der Rudolf-Heß-Aktionswoche die Veranstaltung ‘Stoppt die Gesinnungsjustiz’ von der Anti-Antifa-Gruppe ‘Thüringer Heimatschutz’ (THS) auf Anweisung“ von Frank Schwerdt, der unlängst wegen Aufforderung zur Gewalt und Gewaltverherrlichung vom Gericht verurteilt wurde (vgl. S.2), angemeldet. Drei Jahre zuvor war im thüringischen Rudolstadt, der Heimatstadt von Tino Brandt, der alljährliche „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch“ durchgeführt worden. Im ver-

gangenen Jahr gehörte der THS ebenso zu den namentlichen Unterstützern des „Aktionskomitee Rudolf Heß 1997“.

1996 suchte der „Thüringer Heimatschutz“ per Annonce in der Monatszeitschrift „Nation+Europa“ in der rechten Szene um Unterstützung nach. „Für ein regionales Informations- und Organisationsbüro, das von ehrenamtlichen Helfern aufgebaut und geleitet werden soll, benötigen wir regelmäßige Patenschaften, um die Betriebskosten (Miete, Büromaterial) bestreiten zu können“. Bei Aktivitäten anderer rechtsextremer Organisationen ist der THS dafür gerne mit von der Partie. So nahmen etwa 50 Aktivisten des THS an einer Veranstaltung der „Republikaner“ im November vergangenen Jahres anlässlich des sogenannten Heldengedenktages teil. In Dresden war der „Thüringer Heimatschutz“ an der rechtsextremen Demonstration gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1994“ im Januar dieses Jahres dabei. Im darauffolgenden Monat organisierte der „Heimatschutz“ Busreisen zum „Deutschlandtreffen“ in der NPD in Passau. Nach einem gescheiterten Versuch im Oktober 1997 führte der THS dann im März eine „Anti-Antifa“-Kundgebung unter dem Motto „Gegen jeden linken Terror“ in Saalfeld durch. Einige hundert Rechtsextremisten („Wir praktizieren den Selbstschutz!“) beteiligten sich an der Aktion. Im Mai engagierte der THS sich, wie auch die Jahre zuvor, an einer Kundgebung anlässlich des Todestages von Sandro Weilkes aus dem thüringischen Sonneberg, der 1995 bei einer tätlichen Auseinandersetzung erstochen worden war. Als Anmelder der Veranstaltungen fungierten allerdings „Junge Nationaldemokraten“, NPD oder die „Republikaner“, da „alle Demonstrationen, die durch Aktivisten des THS angemeldet werden, in Thüringen sofort zum Verbot der jeweiligen Veranstaltung führen“, so die Einschätzung des neonazistischen Periodikums „Zentralorgan“ in seiner jüngsten Ausgabe. In diesem Jahr hatte der „Nationaldemokratische Hochschulbund“ (NHB) die Veranstaltung angemeldet. Als Redner trat dabei der NHB-Bundesvorsitzende Alexander von Webenau vor 300 Teilnehmern aus Thüringen und Franken auf. Seine kurze Ansprache endete, wie das „Zentralorgan“ ausführte, mit dem Aufruf „ab sofort wird Bombe mit Bombe vergolten“. In den vergangenen Wochen kam es in Jena zu zahlreichen rechtsextremen Zwischenfällen, bis hin zu Übergriffen gegen Menschen, an denen auch der „Thüringer Heimatschutz“ beteiligt war.

Sönke Braasch

NS-Vergangenheit**Das gab's bei „Adolf“**

Entgegen der verbreiteten Propaganda ging die Kriminalitätsrate während der Nazi-Herrschaft sogar nach oben.

„Während der Dauer des Krieges (muß) vor allem wegen der Zunahme der Kriminalität der Jugendlichen und der weiblichen Personen von einer Veröffentlichung der kriminalistischen Ergebnisse abgesehen“ werden. Diese Anweisung erging im Jahr 1942 aus dem Reichsjustizministerium. Verfasser war Roland Freisler, damals Staatssekretär in jenem Ministerium, später Präsident des Volksgerichtshofes. Die Statistiken wurden zwar weiter geführt, aber unter Verschuß gehalten. In der Öffentlichkeit sollte der Eindruck bestehenbleiben, den die Propaganda seit dem Beginn der NS-Herrschaft erzeugt hatte: Die neuen Machthaber haben dafür gesorgt, daß die Kriminalität in Deutschland nach den Wirren während der „Systemzeit“, wie die Jahre der Republik von Weimar verächtlich genannt wurden, kontinuierlich sinkt. Davon konnte freilich nicht die Rede sein.

Wie es wirklich aussah, kann erst seit der Wende erforscht werden. Denn die Dokumente des Reichsjustizministeriums lagern in Potsdam, und die DDR-Regierung hat sie unter Verschuß gehalten. Die Auswertung hat mittlerweile begonnen, und die Ergebnisse widerlegen die weit verbreitete Auffassung, bei „Adolf“ hätte es „das“ nicht gegeben. In einer umfangreichen Untersuchung belegte die „Süddeutsche Zeitung“ dies Ende September. Es ist vermutlich nur der Zipfel des Tuches, der da gelüftet wurde. Immerhin beweisen die ersten Zahlen, wie beängstigend sich für die Machthaber die Kriminalität trotz drakonischer Strafen entwickelt hat. Anfang 1939 behauptete die „Berliner Morgenpost“: „Seit dem Januar 1933 ist die Kriminalität in allen deutschen Gauen infolge zielbewußter nationalsozialistischer Polizeiarbeit im ständigen Absinken begriffen.“ Tatsächlich war in dieser Zeit die Zahl der Sexualstraftaten durch Jugendliche in etwa einem Dutzend deutscher Großstädte um das Sechsfache gestiegen: von 109 im Jahre 1932 auf 655 im Jahr 1938. Während des Krieges ließ die Reichsjugendführung in einer Studie die Jugendkriminalität untersuchen. Das Ergebnis war so deprimierend, daß die Zahlen sofort unter Verschuß genommen wurden. Die Wirklichkeit gab die Stu-

die freilich nicht wieder, die tatsächlichen Zahlen lagen weit höher, weil „die kriminell aktivsten Altersklassen, nämlich die 16-, insbesondere 17jährigen“ meist zum Reichsarbeitsdienst gehörten „und daher nur zum Teil vor ordentlichen Gerichten zur Aburteilung gelangen“. Die „totale Erfassung der Jugend“ vom Jungvolk über Hitlerjugend, Reichsarbeitsdienst und Wehrmacht hat keineswegs dazu geführt, die Kriminalität zu senken. Diebstahl, Hehlerei und Unterschlagung waren die am weitesten verbreiteten Delikte – auch während des Krieges. 1942 waren es knapp 52 000 Fälle gegenüber knapp 38 000 ein Jahr zuvor.

Daß auch der Ruf nach härteren Strafen die Kriminalität nicht nach unten drückt, dafür liefert die Nazizeit ebenfalls überzeugende Zahlen. 1933 wurden in Deutschland drei Verbrechen mit dem Tode bedroht, 1943/44 waren es 46 Straftaten. Dennoch mußte die Polizei 1942 zugeben, daß „die Tötungs- und Raubdelikte, der schwere Diebstahl und die Brandstiftung gegenüber 1939 zugenommen haben.“

Selbst in bestimmten Berufsgruppen ging die Kurve steil nach oben, und die Justiz mußte etliche Augen zudrücken. Beispiel: Reichsbahn. Obwohl die Versorgung der deutschen Bevölkerung bis zum Ende des Krieges relativ gut war, weil die unterjochten Gebiete leergeraubt waren, wurden immer mehr Güterwaggons der Reichsbahn geplündert – von deutschen Reichsbahnleuten. Das Justizministerium kam nicht umhin, in einer vertraulichen Meldung einräumen: „In diese Verfahren sind soviel Bahnangestellte verwickelt, daß die erforderlichen Verhaftungen beschränkt werden müssen, weil sonst der Bahnbetrieb gefährdet würde.“

Trotz Sonderkonferenzen, die Göring, Himmler und der Reichsjustizminister einberiefen, änderte sich die Situation nicht – auch nicht durch schärfste Strafen bis hin zu speziellen Konzentrationslagern für Jugendliche. Anfang des Krieges wurden in sechs Monaten 17 173 Straftaten durch Jugendliche registriert. Unter den Täterinnen und Tätern gehörten fast zwei Drittel dem BDM, der HJ oder dem Jungvolk an.

In der gut erforschten NS-Zeit gibt es noch immer weiße Flecken. Die Kriminalität gehört dazu. Sie eignet sich hervorragend zu mindestens zwei Argumentationshilfen. Erstens: drakonische Strafen ändern kaum etwas am Umfang der Kriminalität. Zweitens: bei „Adolf“ war es nicht sicher, auch nicht nachts für Frauen auf der Straße. Auch diese Überfälle haben während der NS-Zeit nämlich zugenommen.

Heiner Lichtenstein

Hintergrund

Ufos lassen grüßen

Eine Mixtur von rechtsextremer Ideologie und esoterischen Themen stößt auf einen boomenden Markt.

Eine Nase für Geschäfte zeigt der antisemitische Bestsellerautor Jan Udo Holey alias Jan van Helsing. Seit dem Verbot seiner Bücher „Geheimgesellschaften und ihre Macht im 20. Jahrhundert, Teil 1 und 2“ im Mai 1996, die im deutschsprachigen Raum über 100.000 mal verkauft worden sein sollen und die derzeit im neonazistischen Thule-Netz abrufbar sind, produziert Holey weiterhin NS-nostalgische, esoterische Machwerke in hoher Auflage vom Fließband. Deren Inhalt ist stets wiederkehrend: Reichsdeutsche im Erdinnern, die dort Ende des Zweiten Weltkrieges ihr „Goldenes Zeitalter“ aufgebaut haben und seither mit ihren Flugscheiben den Weltraum bereisen, SS-Kameraden, die zu fernen Gestirnen aufgebrochen sind, Illuminaten (Chiffre für Juden), die die Welt beherrschen, Hellsichtige, die allwissend sind ... kurzum: eine antisemitisch-völkisch-rassistisch-verschwörungstheoretische Melange für ein immer größer werdendes, kaufkräftiges Publikum von abgedrehten Esoterik-Freaks, NS-Spinnern und Anhängern von Sekten wie „Universale Kirche“ oder „Kaizen“. Zuletzt veröffentlichte Holey die Titel „Buch 3 - der 3. Weltkrieg“, „Unternehmen Aldbaran“ und „Die Innere Welt. Das Geheimnis der Schwarzen Sonne“. Erschienen sind die Bücher im einschlägig bekannten „Ewert-Verlag“ aus dem niedersächsischen Lathen/Ems.

■ Anklang in der Esoterikszene ■

Neuester Verkaufscoup Holeys ist der 1998 produzierte Videofilm „Geheimgesellschaften. Verschwörungstheorie heute und im 3. Reich“, den der „Sternentor-Verlag“ im österreichischen Kössen vertreibt. Für 39,-- Mark zuzüglich Porto/Verpackung erhält der Käufer ein Videoband, das ein einstündiges Interview mit Holey sowie Videoausschnitte mit dem 1997 verstorbenen Wiener Altnazi Wilhelm Landig, Autor einer Thule-Trilogie, zeigt. Landig, einer der frühen österreichischen Anhänger Hitlers, Sachbearbeiter für Geheime Reichsachen vor 1945 in der „Ostmark“, Mitglied der Waffen-SS und großer Bewunderer

des SS-Reichsführers Heinrich Himmler, faselt bei dem Gespräch, das erst nach seinem Tod veröffentlicht werden durfte, von einer „deutschen Kolonie Akakor im Amazonasgebiet“. Vorgestellt wird Landig in dem Film als Anhänger der „Ludendorff-Bewegung“ sowie als „Mitglied einer deutschen Geheimgesellschaft“.

Im Interview gibt Holey, der sich hinter einer dunklen Sonnenbrille versteckt und links neben sich ein Plastik-UFO-Männchen plazierte hat, in etwa den Inhalt seiner bisher publizierten Werke wieder. Doch auch Neues vermag er seiner Jüngerschaft kundzutun. So will Holey schon in einem „früheren Leben“ mit Ufos zu tun gehabt haben und in seinem jetzigen Leben bei seiner Geburt mit Außerirdischen in Kontakt getreten sein, als ein Ufo über dem Elternhaus schwebte. In Mexiko erspähte er gar anlässlich einer „3jährigen Reise durch 30 Länder auf 5 Kontinenten“ ein reichsdeutsches Ufo mit Hakenkreuz. In Australien und Neuseeland entdeckte Holey Deutsche, die die Heimat verlassen mußten, darunter auch Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes (BND) - manche „auf der Flucht vor >Illuminaten<“. Sichtlich angetan erzählt Holey auch, daß ihn die iranische Botschaft nach dem Verbot seiner beiden Bücher „Geheimgesellschaften“ nach Bonn eingeladen habe. Vier Stunden will Holey dort mit dem 2. Staatssekretär geplaudert haben. Wenig Sympathie hegt Holey demgemäß gegenüber dem Zentralrat der Juden in Deutschland, den er als „private Organisation“ charakterisiert, die maßgeblich zum Verbot seiner Pamphlete beigetragen habe. Nach eigenem Bekunden arbeitet Holey jetzt an einem Buch, das über hellsichtige Kinder, die sowohl in die Vergangenheit als auch in die Zukunft sehen können, berichten wird.

Jan Udo Holey, bekannt als Jan van Helsing, über dessen Umtriebe erstmals der baden-württembergische Verfassungsschutzbericht 1996 unter der Rubrik „Rechtsextremistische Einflußnahme auf die Esoterikszene“ informierte, ist derzeit der bekannteste Autor, der rechtsextremistische Ideologie und esoterische Themen zu einem Gebräu zusammenrührt. Dabei ist es beileibe nicht der Fall, daß die rechtsextreme Szene lediglich die Esoterikbranche unterwandern würde. Es ist teilweise die esoterische Weltanschauung selbst, die Positionen wie das Leben als ewigen Kampf zwischen Starken und Schwachen trägt. Nicht umsonst waren auch führende Nazis wie Heinrich Himmler kennende Anhänger der Esoterik. Anton Maegerle

Hintergrund**Ein Mitläufer des NS-Regimes**

Der Begründer des Grabert-Verlags machte seinen Weg vom völkischen Religionswissenschaftler unter den Nazis bis konsequenterweise hin zum Holocaust-Leugner in der Bundesrepublik.

In den Räumen am Amts- und Landgericht in Tübingen kennt sich Wigbert Grabert inzwischen gut aus: In rund einem Dutzend Verfahren mußte sich der 57jährige Verlagsleiter in den letzten Jahren verantworten. Stets ging es um den Inhalt der von ihm verlegten Bücher.

Das vorerst letzte Urteil erging am 13. Juli. Weil er das 1994 im "Hohenrain-Verlag" erschienene Buch "In Sachen Deutschland" (Autor: Carl-Friedrich Berg) ausgeliefert und auf Vorrat gehalten habe, verurteilte ihn das Amtsgericht zu einer Geldstrafe in Höhe von 3.000 DM. "Um mir aus diesem Fall weitere Kosten, ein wahrscheinlich höheres Strafmaß und unnötige Zeitverschwendung zu ersparen", so Grabert in der September-Ausgabe seiner Verlagsnachrichten, "habe ich das verhältnismäßig milde Urteil angenommen." Rechtskräftig ist auch ein Urteil des Amtsgerichts, das am 29. Januar gefällt wurde und sich mit einem weiteren Buch Bergs ("Wolfsgesellschaft", 1995 ebenfalls im "Hohenrain-Verlag" erschienen) befaßte. Demnach muß Grabert 10.500 DM Geldstrafe zahlen, weil er ausländerfeindliche und volksverhetzende Äußerungen zugelassen und damit seine Sorgfaltspflicht als Verleger verletzt habe.

In der Regel geht der Verleger allerdings den Gang durch die Instanzen. So legte er Beschwerde - die allerdings als unbegründet verworfen wurde - gegen einen Beschluß des Amtsgerichts Tübingen vom 3. Juni 1998 ein, mit dem der Einzug des Buches "Hellmut Diwald: Sein Vermächtnis für Deutschland. Sein Mut zur Geschichte" angeordnet wurde. Herausgeber des Buches, das 1994 erschien, ist der Publizist Rolf-Josef Eibicht, der am 27. September auf der bayerischen Landesliste der DVU zur Bundestagswahl kandidierte. Und die Auseinandersetzung um den 1994 erschienenen Sammelband "Grundlagen der Zeitgeschichte" ist derzeit bei der Berufungsinstanz am Landgericht Tübingen (Az: 3 AK 34/97) anhängig.

Gerade den Prozeß um dieses Buch nutzten Revisionisten im In- und Ausland zu scharfen Angriffen auf die Tübinger Justizbehörden: Von einer "Hexenjagd" auf einen jungen Wissenschaftler, der sich "zu kontroversen Themen der Zeitgeschichte" geäußert habe, sprach etwa die "Stiftung für freie Historische Forschung" (Sitz: Berchem/Belgien). Das Buch habe nach einem Beschluß des Amtsgerichts "verbrannt werden müssen". Und dem Angeklagten sei es vor Gericht untersagt worden, "Beweise für seine Unschuld vorzubringen". Deshalb sollten die Leser, "moralischen Druck auf Deutschland ausüben, damit die Menschenrechte dort wiederhergestellt werden." Natürlich fand keine Bücherverbrennung statt. Und die vermeintliche "Hexenjagd" ist der erwähnte Prozeß gegen Grabert und den Chemiker Germar Scheerer.

■ Werke aus der „Giftküche“ ■

Daß Gerichte über Bücher aus dem Grabert- bzw. "Hohenrain-Verlag" verhandeln, hat eine lange Tradition. Das Unternehmen beteiligt sich seit Jahren an der internationalen Revisionismus-Kampagne, mit der die Existenz der Gaskammern in den Vernichtungslagern bezweifelt oder abgestritten wird. 1979 veröffentlichte der Grabert-Verlag das Machwerk "Der Auschwitz-Mythos", das die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften 1982 auf ihren Index setzte. Schon 1956 bezeichnete die "Stuttgarter Zeitung" das Unternehmen als "Giftküche". Anlaß war ein Beitrag in der "Deutschen Hochschullehrer-Zeitung", dem Vorläufer von "Deutschland in Geschichte und Gegenwart".

Verlagsgründer und verantwortlicher Redakteur der Zeitung war Herbert Grabert (1901 - 1978), der Vater von Wigbert. Dieser behauptete nach 1945 von sich, dem Nationalsozialismus gegenüber Distanz gehalten zu haben. "Der Tag der Machtergreifung", so schreibt er, sei "der Beginn eines langen Tunnels" gewesen, "in dem mir politisches Mißtrauen, Glaubens- und Gewissenszwang die Existenz immer wieder in Frage stellten." Erst 1939 sei er, aus "Existenznot", der NSDAP beigetreten. Wie Grabert in seinen Aufsätzen und Büchern seit Anfang der fünfziger Jahre rechtsextreme Denkmuster über das Dritte Reich verbreitete, bog er freilich auch seinen Lebensweg zurecht. Seine Schriften seit Mitte der dreißiger Jahre weisen ihn als Anhänger einer völkischen und rassistischen Ideologie aus, der mit Hitler auf eine "religiöse Volksgemeinschaft protestantischer Grundhaltung" hoffte.

Von 1933 bis 1936 war er für die "Deutsche Glaubensbewegung" (DG) unter deren geistigem Führer, dem Religionswissenschaftler Jakob Wilhelm Hauer, tätig. Grabert übernahm die Stelle des "Schriftleiters" der DG-Zeitung "Deutscher Glaube" und verfaßte Werbeschriften für die Organisation. Ab 1936 verlegte sich Grabert auf seine wissenschaftliche Betätigung.

Graberts Schriften "Krise und Aufgabe des völkischen Glaubens" und "Die völkische Aufgabe der Religionswissenschaft" legen in ihrer Beschwörung des Mythos von "Blut" und "Rasse" die rassistischen und antisemitischen Elemente seiner Weltanschauung offen. "Völkischer Glaube", so Grabert, komme "aus jenem Lebensgefühl, das heute wie frisches Blut zu neuer Tatkraft und als ein neues Ahnenbewußtsein endlich wieder zu den Urquellen unseres Wesens, zu unverfälschter nordisch-deutscher Lebensart führt." Er bedeute zugleich Kampf gegen die christlichen Konfessionen, weil sie die "artverbundenen Glaubenskräfte" überfremdet hätten und in ihrer Entfaltung behindern würden. Toleranz und Mäßigung dürfe es dabei nicht geben, schreibt Grabert, denn: Deutscher Glaube "gestattet weder die Vermischung mit fremdem Blut noch aber auch die Vermischung mit fremdem Seelentum". Und fremd sei dem völkischen Glauben "jede Absonderung, die sich neben oder gar über die Volksgemeinschaft stellt." Daß er "voll und ganz auf dem Boden der rassistischen Weltanschauung" stehe, urteilte nicht unzutreffend Matthes Ziegler, Leiter des "Amtes für Weltanschauliche Informationen" im Ministerium Alfred Rosenbergs, 1937 über ihn. Es überrascht auch nicht, daß Grabert sich im Umfeld Rosenbergs und Heinrich Himmlers bewegte: Beide kultivierten mit großem Aufwand Ahnenverehrung, Blut- und Boden-Mythos, Antisemitismus und die Vorstellung einer "artgemäßen Religion" anstelle des Christentums. Grabert wurde aus Mitteln der "Alfred-Rosenberg-Stiftung" der Universität Halle gefördert und stellte 1938 einen Antrag zur Aufnahme in die von Himmler gegründete Forschungsgemeinschaft der SS, das "Ahnenerbe e.V.". 1941 habilitierte er sich an der Universität Würzburg. Dort sollte er am religionswissenschaftlichen Institut einer "Hohen Schule", die Rosenberg in Konkurrenz zu den Universitäten plante, tätig werden.

Soweit kam es nicht. 1945 entthob die amerikanischen Militärregierung ihn seines Amtes. Es folgte ein langes Entnazifizierungsverfahren mit einschneidenden Konsequenzen. Zwar überstand Gra-

bert das Verfahren als "Mitläufer ohne Maßnahmen". Es ermöglichte ihm allerdings nicht, seine Hochschullaufbahn fortzuführen. Herbert Grabert fühlte sich zu Unrecht aus seinem Amt "verdrängt". Nie sei er "Systemdiener" oder "Propagandist" der Nazis gewesen. Stattdessen habe er stets nach "Erkenntnis" gestrebt - eine Behauptung, die durch seine Veröffentlichungen seit 1937 absurd wirkt. Wie Grabert erging es zunächst vielen Universitätsprofessoren, vornehmlich aus belasteten Disziplinen. Ihre Interessen vertraten sie im "Verband der nichtamtierenden (amtsverdrängten) Hochschullehrer". Grabert übernahm den Vorsitz und veröffentlichte seit 1953 das Verbandsorgan. In der Schrift „Hochschullehrer klagen an“ warf er den Alliierten einen "geistigen Zersetzungskrieg" vor. Sie hätten "Sühnemaßnahmen" verhängt und damit "ein Vernichtungswerk begonnen, das aus dem Geist der Rache kam und zur Rechtsvernichtung führen mußte."

■ „Voll und ganz auf dem Boden der rassistischen Weltanschauung“ ■

Spätestens Ende der fünfziger Jahre verlegte sich Grabert auf ein neues Gebiet. In seinen Publikationen unterzog er vor allem die Verbrechen im Dritten Reich einer Revision: Hitler, so versuchte es der amerikanische Historiker David L. Hoggan in seinem von Grabert Anfang der sechziger Jahre übersetzten und verlegten Buch "Der erzwungene Krieg" durch Manipulation und Verdrehung der Quellen zu belegen, wollte nichts sehnlicher als den Frieden, und in Auschwitz standen "Vergasungsattrappen". Für sein Buch "Volk ohne Führung", in dem er die Vorzüge des nationalsozialistischen Führerstaates hervorhob, verurteilte ihn der Bundesgerichtshof 1960 wegen der Verbreitung einer verfassungsfeindlichen Schrift in Tateinheit mit Staatsbeschimpfung in verfassungsfeindlicher Absicht zu neun Monaten auf Bewährung.

Herbert Grabert blieb bis zu seinem Tod ein völkischer Antidemokrat, der sich in zunehmendem Maße auf das Gebiet des Geschichtsrevisionismus verlegte. Der Grabert-Verlag entwickelte sich dabei zu einem einflußreichen Unternehmen für das rechtsextreme Milieu in der Bundesrepublik. Mit seinen Publikationen konnte er - jenseits aller (Wahl-) Konjunkturen - den rechtsextremen Geschichtsrevisionismus einer breiteren Öffentlichkeit bekanntmachen. Die Publikationen, die vor den Tübinger Gerichten zur Verhandlung stehen, sind so gesehen nichts Neues.

M.F.

Hintergrund

Gewendete „68er“

Die „Neue“ Rechte setzt ihre im vergangenen Jahr begonnenen Theorietreffen auf der Sababurg fort: „Rechts, Links: Ende einer Dichotomie?“

„Der Mensch befindet sich heute, sofern er ein aktiver, lebendiger Mensch ist, rechts oder links. (...) Der Weg der Zukunft führt dahin, diesen Menschen rechts mit dem Menschen links zusammenzuführen und umgekehrt.“ Das Zitat, das die „Europäischen Synergien“ und die „Deutsch-Europäische Studiengesellschaft“ (DESG) leitmotivisch der Einladung zu ihrem Seminar am 31. Oktober und 1. November, „in der Mitte der Nord-Süd-Achse Deutschlands“ beifügten, stammt von Hans Zehrer und macht neben der anvisierten Zukunft zugleich die historischen Bezüge deutlich. Zehrer, ein führender Repräsentant des „Tat“-Kreises in der Weimarer Republik, gehört zu denjenigen Konservativen Revolutionären, die stets einen Antikapitalismus von rechts propagierten, da die Nation nur vollständig sein könne, wenn eine umfassende Integration des Proletariats in die Volksgemeinschaft gelinge.

Die Reihe der Theorietreffen der deutschen „Neuen“ Rechten war im vergangenen Jahr an historischer Stätte, der Sababurg, wiederbelebt worden, nachdem es zu einer engen Kooperation der frisch entstandenen, wesentlich burschenschaftlich geprägten „Synergion“, der deutschen Sektion der „Europäischen Synergien“, und der traditionsreichen DESG gekommen war. Inzwischen ist diese Zusammenarbeit nahezu symbiotisch geworden. Synergion-Vorsitzender Marc Lüdders, ehemaliger Sprecher der Hamburger Burschenschaft Germania, ist nunmehr gleichzeitig Vorsitzender der DESG. Beim ersten Treffen - mit internationaler Beteiligung - sollten „Alternativen zum Liberalismus“ gesucht werden. Die Referate liegen jetzt gedruckt im ersten Band einer eigens geschaffenen Taschenbuchreihe „Agonal - Das Florett des Archäo-Futurismus“ vor. Zusätzlich zu den damaligen Vorträgen finden sich in der Broschüre ein Seminarbericht von Hanno Borchert (Unabhängige Ökologen) sowie ein programmatischer Beitrag des Synergion-Aktivistin Thomas Rohloff, der die Nähe zum Gedankengut des italienischen Philosophen Julius Evola herausstreicht. „Archäo-Futurismus“ ist

eine Begriffsschöpfung des langjährigen GRECE-Theoretikers Guillaume Faye, der sich Mitte der achtziger Jahre aus der „neu“rechten Szene zurückgezogen hatte, um im Medienbereich (von der Moderation von Rocksendungen im Radio bis zur Produktion von Pornos) zu arbeiten. Im vergangenen Jahr wurde er wieder in seinem alten Umfeld aktiv und versucht dort nunmehr, das Gedankengut der postmodernen Philosophen (von Deleuze bis Foucault) zu popularisieren und für die eigenen Zwecke umzudeuten und nutzbar zu machen. Sie sollen heute den geistigen Impetus liefern, den Gramscis Konstrukt der „kulturellen Hegemonie“ vor mehr als zwanzig Jahren lieferte.

Passend zu diesem Ansatz beschäftigt sich Robert Steuckers, belgischer Kopf und Motor der Europäischen Synergien in seinem Eröffnungsreferat mit dem „Einfluß Nietzsches auf die Rechte und die Linke“. In der Tat ist in Deutschland wegen der Okkupation dieses Philosophen durch die extreme Rechte über Jahrzehnte hinweg weitgehend vergessen worden, daß es zunächst auch eine intensive Nietzsche-Rezeption von links gegeben hatte. Der Versuch einer Konvergenz zwischen links und rechts wird hier also über einen Rückgriff in die Vergangenheit zu begründen versucht. Näher in der Gegenwart bleibt Claus-M. Wolfschlag (Offenbach), ein gelegentlicher Mitarbeiter der maroden „Jungen Freiheit“, der den Weg „Von '68 zu '89“ darstellt. Dies ergänzt das nationalrevolutionäre Urgestein Lothar Penz von der DESG mit seinen Ausführungen über „Die 68er (sog.) Neue Rechte - Idee und Gestalt“. Er ist unter den Referenten der einzige Verbliebene aus den Anfangstagen dessen, was allgemein in Deutschland als „Neue Rechte“ verstanden wurde.

■ „Die braun-roten Allianzen“ ■

Einen „Rechten Rausch“ stellt zu Beginn des zweiten Tages der Kroat Tomislav Sunic dar, der bereits beim ersten Seminar auf der Sababurg referierte. Gemeint ist der Rausch, der verursacht wurde durch die Umbrüche in den Ländern des Realsozialismus nach 1989. Ein Rausch allerdings, dem auf rechter Seite schnell der Kater durch den Siegeszug des marktradikalen Liberalismus folgte. Die gezogene Konsequenz waren vielerorts die bekannten „braun-roten Allianzen“. Zwei historische Vorbilder solcher Allianz schildert der Student Laurent Schang (Metz). Er charakterisiert den wichtigen französischen Politologen Bertrand de Jou-

venel und den berühmten Schriftsteller Pierre Drieu La Rochelle als „Nonkonformisten“; die beiden waren jedoch schlicht Nationalbolschewisten in der entsprechenden Parti Populaire Français des ehemaligen Kommunisten Doriot.

Abschließend spricht Günther Wolf über „Neue Fronten - Jenseits der Rechts-Links-Klischees und des westlichen Denkens“. Wie diese Fronten aussehen sollen, wird nicht nur am jüngsten Heft von „Wir selbst“ deutlich, wo ausführlich die Debatte im „Neuen Deutschland“ um „Die Linke und die Nation“ gewürdigt wird, sondern auch die letzte Freie Deutsche Sommerakademie im August, durchgeführt von der burschenschaftlichen Akademischen Ferialverbindung Rugia Karlsbad (mit personellen Überschneidungen zu Synergon). Dort referierte u. a. der ehemalige enge Weggefährte von Rudi Dutschke im SDS, Bernd Rabehl, der heute als Professor an der FU Berlin lehrt. Sein Thema aktuell: „Die Nationalrevolutionäre von 1968“. Manche vergessen eben schnell das Gelernte.

Jean Cremet

Veranstaltungshinweis

1938 - 1998

Bonn - Anlässlich des 60. Jahrestags der Pogromnacht vom 9./10. November 1938 findet am 9.11. im ehemaligen Plenarsaal des Deutschen Bundestages (Wasserwerk) um 16.00 Uhr eine Gedenkveranstaltung statt. Die Schirmherrschaft hat die frühere Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth inne, die auch die Einführungsansprache halten wird. Auf dem Programm stehen ferner eine Toncollage „Erinnerung an den Terror“, die aus den Beständen der Stiftung Deutsches Rundfunkarchiv zusammengestellt wurde, sowie ein Videofilm „Visualisierung des Zerstörten, der die digitale Rekonstruktion von zerstörten deutschen Synagogen zeigt. Unter dem Titel „Erinnerung eines Zeitzeugen“ wird der Germanist Professor Guy Stern aus Detroit, der als 16jähriger emigrieren mußte, seine Reflexionen über die Ereignisse einbringen. Zum Thema „Sechzig Jahre danach - Unser Auftrag“ spricht der neue Medienbeauftragte der OSZE in Wien, Freimut Duve. Veranstalter sind der Arbeitskreis selbstständiger Kulturinstitute in Bonn, die Stiftung deutsches Rundfunkarchiv, Frankfurt/Berlin, das Fritz-Bauer-Institut, Frankfurt, und der Verein „GegenVergessen - Für Demokratie“.

Grauzone

Bielefelder Patron

Die örtliche Kunsthalle wird künftig nur noch Kunsthalle Bielefeld heißen. Mit diesem jüngst ergangenen Beschluß des Bielefelder Stadtrats endet ein monatelanger Streit um den Beinamen der Kunsthalle. In der Öffentlichkeit wurde nämlich bekannt, daß der Bielefelder „Musentempel“ bei seiner Eröffnung vor 30 Jahren auf den Namen „Kunsthalle der Stadt Bielefeld, Richard Kaselowsky-Haus“ getauft wurde. So wollte es Stiftermäzen Rudolf August Oetker (82), heute Seniorchef der milliardenschweren Firma Oetker, der der Stadt 1968 die Kunsthalle schenkte.

In den vergangenen Jahren kannte man die Kunsthalle nur als „Kunsthalle Bielefeld“. Selbst in Museumsführern tauchte das „Richard-Kaselowsky-Haus“ nicht mehr auf. Erst jetzt, unter anderem nach einer Presseinformation der IG Medien, ist eine „politische Instinktlosigkeit“, so die Gewerkschaft, wieder ans Licht gekommen.

Kaselowsky trat an Führers Geburtstag (20. April) 1933 in die NSDAP ein. Zeitgleich gehörte Kaselowsky, der bei einem alliierten Bombenangriff 1944 ums Leben kam, dem „Freundeskreis Reichsführer-SS Heinrich Himmler“ an. Dieser Herrenclub, bestehend aus prominenten Wirtschaftsmagnaten und Finanziers, war aus dem „Studienauschuß für Wirtschaftsfragen“ hervorgegangen, den Hitlers Wirtschaftsberater Wilhelm Keppler im Sommer 1932 gegründet hatte. 1919 heiratete Kaselowsky die Witwe seines Jugendfreundes Rudolf Oetker, der 1916 gefallen war wurde damit Stiefvater des heutigen Oetker-Seniorchefs, Rudolf August Oetker. Er kam zugleich in die Oetker-Firmenleitung, deren Teilhaber er 1921 wurde. Am 1. Mai 1937 erhielt die Firma Oetker als eines von reichsweit 30 Unternehmen die Auszeichnung „Nationalsozialistischer Musterbetrieb“.

Nach dem Tode Kaselowskys übernahm Rudolf August Oetker die Spitze des Konzerns. Oetker, der sich selbst in der Nazi-Zeit u.a. ein Gartengrundstück in Hamburg in Alsternähe „zum Sonderpreis“ beschaffte, so der „Spiegel“ (Ausgabe 5/98), lehnte die Umbenennung der Kunsthalle in der Vergangenheit ab. Jetzt will er sich möglicherweise aus dem Stiftervertrag zurückziehen.

Die Namensnennung hatte schon vor 30 Jahren zu Protesten geführt, doch Bielefelds Politiker stellten sich taub. Schließlich ist der Oetker-Konzern ein bedeutender Förderer der Stadt.

A.M.

Demokratische Initiativen

Engagement wagen

Der Verein „Gegen Vergessen - Für Demokratie“ hat eine Botschaft an die Bundesregierung, den Bundestag und den Bundesrat „Aus der Geschichte lernen, den demokratischen Grundkonsens bewahren, neuerlichen Gefahren begegnen“ beschlossen.

Die Jahresmitgliederversammlung der Vereinigung „Gegen Vergessen - Für Demokratie“ - Vorsitzender ist der SPD-Politiker Hans-Jochen Vogel - hat am 23. Oktober 1998 in Lübeck ein „Lübecker Manifest“ verabschiedet, das der neuen Bundesregierung, dem neugewählten Bundestag und dem Bundesrat zugeleitet wird. Unter Hinweis auf zunehmende Aktivitäten extremistischer Kräfte, u.a. Friedhofsschändungen, Brandstiftungen gegen Gotteshäuser, Gewalttätigkeiten und Aufmärsche, sowie auf die Wahlergebnisse der rechtsextremistischen Parteien, werden die staatlichen Institutionen eindringlich aufgefordert, sich ihrer Verantwortung für die Abwehr der Gefahren, die dem demokratischen Grundkonsens drohen, bewußt zu sein und die mit diesem Manifest geforderten Schritte unverzüglich einzuleiten.

Die Mitglieder des Vereins „Gegen Vergessen - Für Demokratie“ verlangen, daß Auseinandersetzung vor allem mit der jüngeren Geschichte einschließlich der geistes- und ideengeschichtlichen Ursprünge der NS-Diktatur ein wesentlicher Bestandteil der Erziehungs- und Bildungsarbeit in unserem Lande sein und bleiben muß. Auch der Bund müsse beispielsweise durch geeignete Bildungsmaßnahmen in der Bundeswehr und im Bundesgrenzschutz sowie durch verstärkte Anstrengungen der Bundeszentrale für Politische Bildung seine Zuständigkeiten wahrnehmen.

Im „Lübecker Manifest“ wird ferner auf die Notwendigkeit einer intensiveren, politischen und vor allem einer verbesserten finanziellen Unterstützung für die Gedenkstätten an den authentischen Orten der NS-Gewaltherrschaft und der kommunistischen Diktatur in Deutschland hingewiesen. Notwendig sei auch eine Förderung der Zusammenarbeit mit ausländischen Gedenkstätten.

Im Hinblick auf die nach der deutschen Vereinigung vom Bundesarchiv übernommenen Aktenbestände des sog. Volksgerichtshofes, des Reichsjustizmini-

steriums und des Reichssicherheitshauptamtes, die wichtiges Beweismaterial für die Entschädigung von Opfern des NS-Gewaltregimes und bedeutsames Material für die zeitgeschichtliche Forschung enthalten, wird zur Erschließung dieser Akten die Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel verlangt.

Was die Rehabilitierung und Entschädigung von Zwangsarbeitern anbelangt, so wird die Errichtung einer Stiftung des öffentlichen Rechts vorgeschlagen, die von den in Betracht kommenden Unternehmen finanziert wird und für eine schnelle und einheitliche Abwicklung der Entschädigungsleistungen Sorge trägt. Der Bund sollte dabei finanziell nur als Rechtsnachfolger für diejenigen Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter in Anspruch genommen werden, die vom Reich unmittelbar oder mittelbar - beispielsweise durch die SS - eingesetzt wurden. Ähnliches gelte für die Gebietskörperschaften. Begrüßt wird, daß sich die neuen Regierungsparteien in ihrer Koalitionsvereinbarung auf eine entsprechende Initiative verständigt und der Bundeskanzler schon erste Gespräche mit Vertretern betroffener Unternehmen geführt hat.

Das Manifest erinnert weiter daran, daß die Entschädigungsregelungen für Opfer des Holocaust und der sonstigen Terror- und Verfolgungsmaßnahmen des NS-Gewaltregimes hinsichtlich einzelner Gruppen und einzelner Betroffener noch immer Lücken und Mängel aufweisen. Hier wird angesichts des zumeist bereits sehr hohen Alters dieser Personen eine rasche und möglichst unbürokratische Hilfe gefordert. Für diese Fälle hatte die Vereinigung „Gegen Vergessen - Für Demokratie“ schon seit längerer Zeit die Gründung einer Bundesstiftung gefordert. Erfreulicherweise sei nunmehr in der Koalitionsvereinbarung die Schaffung einer solchen Stiftung vorgesehen.

Des weiteren weist der Verein in seinem „Manifest“ auf die Notwendigkeit neuer Initiativen der Bundesregierung gegen die Verbreitung extremistischer Agitation und Propaganda im Internet hin und wendet sich gegen neonazistische Propaganda aus dem Ausland. Auch die Behörden der USA werden aufgefordert, dann einzuschreiten und Rechtshilfe zu leisten, wenn derartige Aktivitäten grenzüberschreitend darauf zielen, ausgerechnet in Deutschland wieder ein NS-Regime zu errichten.

Klaus Reiff

(Klaus Reiff ist Geschäftsführer des Vereins „Gegen Vergessen - Für Demokratie“ in Bonn)

Bücherschau

Geschichte der Shoah

Die frühen aus den Quellen heraus erarbeiteten Gesamtdarstellungen zur Judenverfolgung oder -vernichtung im Dritten Reich und Zweiten Weltkrieg von Raul Hilberg, Léon Poliakov oder Gerald Reitlinger beschrieben die Ereignisse primär in der Konzentration auf die handelnden Täter, während die Opfer und das wechselseitige Verhältnis beider Gruppen zueinander weniger Gegenstand von Darstellung und Analyse war. Einen Schritt in diese Richtung wollte die zuletzt als Professorin für moderne jüdische Geschichte an der Universität von Haifa lehrende Leni Yahil mit ihrem erstmals 1987 erschienenen, jetzt in deutscher Übersetzung unter dem Titel „Die Shoah. Überlebenskampf und Vernichtung der europäischen Juden“ vorliegenden Werk machen. Ihr ist u. a. wegen dieser Perspektive der Darstellung der National Jewish Book Award und der Schasar Preis für jüdische Geschichte verliehen worden. Als weiterer Grund kam sicherlich hinzu, daß in diesem Kontext erstmals eine Reihe von hebräischsprachigen Quellen ausgewertet wurden, welche erst die genaue Beschreibungen von Ereignissen insbesondere aus Sicht der polnischen Juden ermöglichten.

Yahil gliedert ihre Darstellung über die Entwicklung und das Wesen der Shoah in drei unterschiedlich große Kapitel: Zunächst geht es um Deutschlands Juden während des Aufstiegs und unter der Herrschaft der Nationalsozialisten von 1932 bis September 1939, wobei 1932 als Jahr der Entscheidung gedeutet und eine Darstellung Hitlers als Vollstrecker des modernen Antisemitismus geliefert wird, um danach die erste Phase der Judenverfolgung und der Emigration bis zur „Kristallnacht“ und dem Kriegsausbruch detaillierter zu beschreiben. Dem folgend widmet sich die Autorin der als „Prolog zur ‘Endlösung’“ gedeuteten ersten Phase des Zweiten Weltkriegs vom September 1939 bis 1941, wobei die antisemitischen Maßnahmen in Polen und anderen Ländern geschildert sowie der Überlebenskampf der Juden in Konfrontation mit dem triumphierenden Deutschland beschrieben werden. Das ausführlichste dritte Kapitel ist dann der Shoah selbst zwischen 1941 bis 1945 gewidmet, worin die Autorin das Wirken der Einsatzgruppen, die ersten Vernichtungsmaßnahmen und den Gesamtplan der Endlösung thematisiert und danach die Deportation, Unterdrückung und Vernichtung

der Juden in Polen und anderen osteuropäischen Ländern in und außerhalb der Todesfabriken bis zur letzten Phase der „Endlösung“ beschreibt. Unterbrochen wird diese Schilderung jeweils von Kapiteln über den bewaffneten Kampf der Juden in den von den Deutschen besetzten Ländern und die unterschiedlichen Rettungsversuche.

Allein schon der Informationsgehalt der voluminösen Studie beeindruckt, wobei dieser noch durch die erwähnte Perspektive der Darstellung des wechselseitigen Einflusses von Tätern und Opfern erhöht wird. Yahil geht hier aber keineswegs von einer pauschalisierenden Sichtweise aus, welche die Einen nur als aktiv Handelnde und die Anderen als passiv Erdulden beschreiben. Bestreben der Autorin war es, in erster Linie die Tatsachen in Form der historischen Ereignisse sprechen zu lassen und sich nachträglicher Urteile zu enthalten (vgl. S. 24). Diese Herangehensweise hat seine Vor-, aber auch Nachteile. Letztere bestehen im Mangel an analytischen und interpretierenden Aussagen und diesbezüglichen Stellungnahmen zur Forschungskontroverse. Zwar kritisiert Yahil zutreffend die einseitigen und polarisierten Stellungnahmen von Funktionalisten und Intentionalisten, ohne aber selbst einen eigenen differenzierten Erklärungssatz vorzutragen. Zu einem solchen findet man immer einzelne Elemente, die Aufschluß über das von Yahil gemeinte Wesen der Shoah geben könnten, wie etwa der Hinweis auf den Begriff „moderne Rassenreligion“ (vgl. S. 29), aber sie bleibt über weite Strecken einer rein beschreibenden Darstellungsweise verhaftet.

Dies schließt nun keineswegs erhellende und interessante Schilderungen aus, wie etwa bei der Darstellung der Handlungsweisen der Judenräte, die weder verdammt noch verherrlicht werden. Allerdings, so sehr sich Yahil an vielen Stellen, insbesondere bei der Schilderung der jüdischen Reaktionen auf der Höhe des Forschungsstandes bewegt und darüber hinaus auch erstmals in diesem Zusammenhang beschriebene Ereignisse thematisiert, so ist sie bei anderen Fragen dahinter zurück, wie bei den doch sehr stark auf die Person von Hitler konzentrierten Darstellungen des Antisemitismus und der Judenverfolgung. Trotz dieser notwendigen kritischen Anmerkungen verdient die Studie aufgrund ihrer Informations- und Materialfülle Interesse.

Armin Pfahl-Traugher

Leni Yahil, Die Shoah. Überlebenskampf und Vernichtung der europäischen Juden. Aus dem Amerikanischen von H. Jochen Bußmann, München 1998 (Luchterhand-Verlag), 1055 S., 128 DM.

Bücherschau**Mussolinis Bewegung**

Über den Faschismus wird in Öffentlichkeit und Wissenschaft breit diskutiert, allerdings meist bezogen auf das NS-Regime oder Teile des gegenwärtigen Rechtsextremismus. Der eigentliche Namensgeber dieses Phänomens, das Mussolini-Regime in Italien, kommt dabei nur selten vor, was angesichts des Mangels an entsprechenden deutschsprachigen Veröffentlichungen zum Thema nicht verwundert. Allein von daher verdient die einführende und komprimierte „Kurze Geschichte des italienischen Faschismus“ des an der Universität Turin lehrenden Historikers Brunello Mantelli Aufmerksamkeit. Der Autor gibt darin nach einführenden Bemerkungen zu den wissenschaftlichen Kontroversen um die Mussolini-Diktatur und den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen seines Entstehens einen historisch-chronologisch aufgegliederten Überblick von der Herausbildung der faschistischen Bewegung und der Phase der Schlägertrupps bis zu Mussolinis Aufstieg zum Regierungschef. Skizziert werden ebenso der Aufbau des Regimes, dessen Innen- und Außenpolitik bis zum Zusammenbruch 1943 und das endgültige Ende nach dem Scheitern der Republik von Salò im Norden Italiens.

Insgesamt handelt es sich um eine kenntnisreiche und informative Darstellung, die eine wirkliche Einführung in das Thema liefert und dank der guten Strukturierung des Stoffes ebenso als Nachschlagewerk nützlich ist. Obwohl Mantelli den Faschismus primär über historische Ereignisse beschreibend darstellt, liefert er immer wieder auch analytisch interessante Angaben, etwa zur sozialen Zusammensetzung der Anhängerschaft der Mussolinischen Bewegung oder dem Prozeß der Faschisierung der staatlichen Institutionen. Bedauert werden muß allerdings das Fehlen von Ausführungen zu ideologisch-programmatischen Aspekten ebenso wie die nur kursorische Skizze zur wissenschaftlichen Kontroverse um den Faschismus. Auch verwundert das abrupte Abbrechen des Textes im Jahre 1945, handelte es sich doch keineswegs um ein abgeschlossenes politisches Phänomen, denn es bestand und besteht nach wie vor eine nicht unbedeutende neofaschistische Partei in Italien.

Armin Pfahl-Traugher

Brunello Mantelli, Kurze Geschichte des italienischen Faschismus, Berlin 1998 (Verlag Klaus Wagenbach), 189 S., DM 22,80

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten**

„Junge Freiheit“ (JF), 13. Jg., Nr. 42-44/98: Chefredakteur Dieter Stein beklagt das Desaster der Union bei der Wahl. Gleich in mehreren Beiträgen klingt Stimmungsmache gegen die neuen Regierenden an, die die letzte Etappe des Langen Marsches durch die Institutionen genommen hätten. Wegen der geplanten besseren Einbürgerungsmöglichkeiten für Ausländer wird ein Horrorszenario gemalt, was die Situation der verbleibenden Deutschen im „postsouveränen Endzeitdeutschland“ anbelangt (42/98). Abgedruckt ist ein Kapitel aus Karlheinz Weißmanns neuem Werk „Der Nationale Sozialismus - Ideologie und Bewegung“; nach dieser Interpretation sei der Nationalsozialismus an seiner mangelnden antikapitalistischen Ausrichtung und fehlenden Bereitschaft mit anderen revolutionären nationalsozialistischen Bewegungen in den Nachbarstaaten zusammenzuarbeiten, gescheitert - und kein Wort von den Expansionsgelüsten, Angriffskriegen und ungeheuerlichen Massenverbrechen des NS-Staates (42/98). Sekundiert wird im nächsten Heft dem Schriftsteller Martin Walser für seinen umstrittenen Beitrag in der Frankfurter Paulskirche, wobei er der „öffentlichen Gewissensheuchelei“ die Leviten gelesen habe. Die ist für Klaus Hornung, emer. Professor, wiederum durch „die Borniertheit jener Nachgeborenen, die ... genau wissen, wie alle anderen damals hätten handeln sollen“ verursacht (43/98). Horst Mahler geißelt das „geistige Besatzungsregime“, in dem „kollaborationswillige Intellektuelle“ die „moralische Weltanschauung“ durchsetzten. Die Holocaust-Leugner erwiesen sich schließlich ebenso „als ‘Menschen guten Willens’“, da sie den Holocaust als ein befleckendes Ereignis auffaßten und sich somit gegen das Böse stellten (43/98). Zum JF-Dauerbrenner dürfte sich die Ausländerpolitik der neuen Bundesregierung entwickeln; die schlichtweg als Rassismus nach innen betitelt wird (44/98). Aus Anlaß seiner Kritik an Martin Walser Schelte für den Zentralratsvorsitzenden der Juden. Ein Glück sei es, daß ein „nationales Selbstbewußtsein“ entstehe, in dem die „öffentlichen Verleumdungen“ Bubis' nicht widerspruchlos hingenommen würden. Kein gutes Haar an der deutschen Rechten läßt Jürgen Hatzenbichler: Immer wieder klängen NS-Remnissenzen durch, die durch neurechte Theorieschulungen nur überdeckt seien; es mangle schlicht an Utopien (44/98). (gn)

Meldungen

■ **Bad Soden-Saalmünster** - In der neuen Ausgabe der ultrarechten „Deutschen Militärzeitschrift“ (DMZ; Oktober-Dezember '98) wird die Wehrmachtsausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung auf übelste Art und Weise attackiert. In der Ausstellung, so der Autor Emil Schlee (Wehrmachts-Hauptmann, Ex-CDU-MdL, Ex-REP MdEP), lebe die „aus zwei Weltkriegen altbekannte Feind- und Greuelpropaganda gegen den deutschen Soldaten und das deutsche Volk“ wieder auf. Die Verantwortlichen der Ausstellung, so suggeriert der DMZ-Beitrag, „wenden eine Taktik an, die der chinesische Militärschriftsteller Sun Tsu um das Jahr 500 v. Chr. in 13 Thesen forderte“; darunter: „Zerstört alles was im Land eurer Gegner gut ist. Nutzt auch die Mitarbeit der niedrigsten und abscheulichsten Kreaturen. Entwertet die Traditionen eurer Feinde.“ Die DMZ wird bundesweit - neben Abos - im Kioskvertrieb an den Mann gebracht. Verlegt wird das Militaria-Blatt von der „Medien-Marketing GmbH“ (MTM) mit Sitz in Bad Soden-Saalmünster. MTM ist eine der umsatzstärksten Videoversandfirmen (auch: Bücher, CDs, MCs) in der Bundesrepublik. Im Angebot finden sich Videos wie „Hitlers Bunkeranlagen am Obersalzberg“ oder „Hitler - Der Privatmann“, Bücher wie „Rudolf Heß: Ich bereue nichts“ oder „Franz Schönhuber: In Acht und Bann“. Vertreten ist auch der neonazistische Liederbarde Frank Rennicke mit seiner MC „Mein Kamerad“. Anzeigen schaltet MTM u.a. in der „Jungen Freiheit“.

■ **Berlin** - In Berlin hat sich eine „Reenekameradschaft“ in Konkurrenz zu dem als politisch zu lasch eingestuften „Skingirl-Freundeskreis-Deutschland“ (SFD) konstituiert: „Da es in Deutschland keine Alternative zum SFD gibt, dachten wir, daß wir eine reine Reenekameradschaft gründen. Denn wenn man sieht, was sich heutzutage Reene oder Skingirl nennt ... außerdem rennen sogar Zecken oder Girlies mit dem Kranz rum“, heißt es in dem Aufruf. Die Reenes wollen stattdessen zeigen, daß sie „keine Modeerscheinung“ sind, sondern „auch eine ernstzunehmende Macht sein können“.

■ **Bingen** - Die neu ins Leben gerufene Band „Weissglut“ um Josef Klumb, bekannt als Jay Kay aus Bingen, einem Anhänger von rechtsextremen Weltverschwörungstheorien, hat beim renommierten Sony-Label Dragnet/Epic einen Vertrag erhalten.

■ **Blickweiler** - In einem „Aufruf an Alle! Öffentliche Erklärung zur Brechung der Rassismus-Herrschaft“ wird die „Erhaltung“ des „prozentualen Anteils“ der „nordischen Menschen“ an „der Gesamtbevölkerung der Welt“ gefordert. Demnach müsse ein „neues Gesetz mit universeller Gültigkeit geschaffen werden“, wonach „jedes Volk und jede ethnische Gruppe das unveräußerliche Recht“ an ihrem Prozentsatz an der Weltbevölkerung“ habe. Die wirklichen Gegner seien die Befürworter von Einwanderung: „Die Einwanderungsfreunde sind, da sie sich für fremdrassige Eindringlinge einsetzen, die wirklichen Rassisten. Ein jeder, der diese Einwanderung fördert, ist ein Gegner gleicher Rechte für alle ethnischen Gruppen. Deshalb berufen wir uns auf Notwehr gegen die Leute, die eine unmoralische Überproduktion unverantwortlichen Nachwuchses fördern und betreiben“. Autor der 12seitigen Hetzschrift ist der Norweger Ola Misvaer. Veröffentlicht ist der rassistisch und antisemitisch geprägte Aufruf in dem Periodicum „Deutscher Weg zur Einhaltung der ewigen Gesetze des Lebens“, einem „Mitteilungsblatt für alle, denen das Volk, das Vaterland, die Heimat ein heiliges Vermächtnis ist.“. Herausgeber und presserechtlich verantwortlich für das Blättchen ist Walter Schwalbach aus dem hessischen Blickweiler, der sich als Mitglied einer „Deutschen Volksversammlung“ bezeichnet.

■ **Gera/Lausanne** - In einem „restlos überfüllten“ Saal bei Gera (Thüringen) spielten am 24. September vier Nazi-Rock-Gruppen („Pluton Svea“, „Max Resist“, „Weisse Riesen“ und „No Alibi“), bis kurz vor Mitternacht ein Polizeiaufgebot den Abschluß des „Jan Stuart Memorial“ erzwang. Die diesjährige Gedenkveranstaltung für den 1994 verunglückten Skrewdriver-Sänger Jan Stuart hätte eigentlich am 19. September in der Nähe von Lausanne/Schweiz stattfinden sollen, war dann aber von der Waadtländer Kantonsregierung verboten worden. Die kurzfristige Umorganisation wertet die Glatzen-Szene als Erfolg. „Dadurch stellte man wieder einmal unter Beweis, daß uns niemand stoppen kann.“ So endet ein Konzertbericht, der in der Nummer 1 des Skin-Zines „Neue Ordnung“ veröffentlicht wurde. Das neue „white power magazine from southern germany“ wird vom Bassisten der „Höllenhunde“ (Ferdi) herausgegeben. Es kann über eine Postfachadresse in Crailsheim/Baden-Württemberg bezogen werden.

■ **Hamburg** - Das „Nationale Infotelefon“ des Hamburger Neonazis Andre Goertz hatte im Ok-

tober eine „Sonderansage zur Begrüßung unserer neuen Mitbürger“ im Programm: „Endlich ist es soweit - deutsche Pässe für jedermann! Die rot-grüne Regierung beweist der Welt aufs Neue, daß die Deutschen alles ins Extrem treiben können. Künftig soll es eine ganze Reihe von Möglichkeiten geben, sich Deutscher nennen zu dürfen“. Weiterhin heißt es im NIT: „In vielen Stadtteilen Berlins und anderen Großstädten werden wir deutsche Staatsbürger kennenlernen, die kein Wort Deutsch sprechen. Hier liegt das größte Problem: Wie sollen unsere neuen Deutschen die gleiche Kunstfertigkeit im Büßen und Mahnen erlernen? Als Deutsche übernehmen sie jetzt mit uns gemeinsam die große, untilgbare Schuld am Holocaust. Das NIT empfiehlt daher, den Holocaust-Unterricht bereits mit dem Kindergarten einzuführen und ihn auch in den neu-deutschen Sprachen wie Türkisch, Serbisch und Vietnamesisch zu erteilen...“

■ **Langen** - Thomas Brehl, einst Stellvertreter der verstorbenen Neonazi-Stars Michael Kühnen, macht sich in einem internen Positionspapier über die „Deutsche Volksunion“ (DVU) lustig: „Gäbe es einen Preis für die Partei, die es schafft, sich in kürzester Zeit am häufigsten zu blamieren, die DVU hätte ihn in der Tasche, sie stünde auf Jahre konkurrenzlos da.“ Brehl, der im April 1992 von der Staatsschutzkammer des Frankfurter Landgerichts wegen Rädelsführerschaft in einer verbotenen neonazistischen Vereinigung („Gesinnungsgemeinschaft >Neue Front<“) zu einem Jahr Haft mit Bewährung verurteilt worden war, meint dazu: „Es ist im rechten Lager ja oft diskutiert worden, ob Frey nicht vielleicht doch gutbezahlter Agent der Feinde Deutschlands ist ... Fest steht ..., daß Frey durch seine nicht nachvollziehbare Personalpolitik einen nationalen Neubeginn torpediert und damit der nationalen Sache ungeheuren Schaden zugefügt hat“.

■ **Olsberg** - Das „Nationale Infotelefon Rheinland“ hat seine rechtsextremistische Hörerschaft kürzlich darüber informiert, daß ab sofort eine im nordrhein-westfälischen Olsberg ansässige „Initiative >Freiheit für Michael Krick<“ gleichnamige Aufkleber vertreibt. Krick, Aktivist der neonazistischen „Sauerländer Aktionsfront“ (SAF), verbüßt derzeit in Iserlohn eine 18monatige Haftstrafe wegen einschlägiger Gesinnungsdelikte“, so das NIT Rheinland. Regelmäßig meldet sich der Neonazi in den „Nachrichten“ der Knastorganisation „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG) zu Wort. Im Sommer teilte er seinen Kameraden mit: „Küh-

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

nens Todestag und den Heiß-Geburtstag konnte ich halbwegs würdig begehen. Der 57. Jahrestag des Friedensfluges wird da schon besser ausgehen. Momentan gedenke ich noch des 53. Hochzeitstages des größten Sohnes der deutschen Geschichte“.

■ **Schwerin** - Die „Republikaner“ in Mecklenburg-Vorpommern haben auf einem Landesparteitag in Schwerin den Landesvorsitzenden Bernd Bernhard in seinem Amt bestätigt. Von den stellvertretenden Vorsitzenden des Landesverbandes verblieb Steffen Zedler im Amt, neugewählt wurden Christian Fuhrer und Wilfried Lemcke. Bestätigt als Landesschatzmeister wurde auch Thomas Witt.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-190

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Pressehaus I/216, Heussallee 2-10, 53113 Bonn
Telefon (0228) 242 21 30, Fax 242 21 31
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Satz und Gestaltung:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Heidemarie Lehmann

Herstellung:

OPS GmbH, Hamburg

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto.

Nachweis erforderlich!

Halbjahresabonnement, Preis DM 32,- zzgl. Porto